



Bundesgerichtshof  
V. Zivilsenat  
Geschäftsstelle

Bundesgerichtshof - 70126 Karlsruhe  
Oberbürgermeister der Stadt Köln  
Amt für öffentliche Ordnung  
- Ausländerangelegenheiten -  
Ottmar-Pohl-Platz 1  
51108 Köln

per Telefax: 0221 / 221 - 26 460

Aktenzeichen  
V.ZB 137/14  
(bei Antwort bitte angeben)

Durchwahl  
• (07 21) 1 69 - 8107  
oder 6807

Ihr Zeichen  
323/631 Hr. Rosenbaum

Karlsruhe, 25. Juli 2014

### Empfangsbekenntnis

(gem. § 174 ZPO)

In Sachen Arslan ./, Oberbürgermeister der Stadt Köln  
habe ich heute

den Beschluss mit Leitsatz vom 25. Juli 2014  
zuge stellt erhalten.

Köln, den 25. Juli 2014

(Unterschrift und Stempel)

Stadt Köln

Der Auftraggeber  
Amt für öffentliche Ordnung  
Rfb.Auftrag

Nach Vollzug bitte sofort zurücksenden.

Bitte aufrichtig frankieren oder per EGVP zurücksenden!

Bundesgerichtshof  
70126 Karlsruhe

Hausanschrift:  
Herrmannstr. 46a  
70133 Karlsruhe

Internal- und E-Mail-Adresse:  
poststelle@bgh.bund.de  
www.Bundesgerichtshof.de

Telefon (Zahlung):  
(07 21) 1 69 - 0

Telefax:  
(07 21) 1 69 - 26 12



Bundesgerichtshof  
V. Zivilsenat  
Geschäftsstelle

Zustellung gegen  
Empfangsbekenntnis

Bundesgerichtshof, 70125 Karlsruhe  
Oberbürgermeister der Stadt Köln  
Amt für Öffentliche Ordnung  
- Ausländerangelegenheiten -  
Ottmar-Pohl-Platz 1  
51103 Köln

per Telefax: 0221 / 221 - 26 400

Aktenzeichen	Durchwahl	Ihr Zeichen	Karlsruhe, 26.07.2014
V ZB 137/14	■ (07 21) 1 89 - 8107 (bei Antwort bitte angeben)	329/531 Hr. Rosenbaum oder 6507	

## Kurzmitteilung

In dem Rechtsbeschwerdeverfahren

Arslan

gegen

Oberbürgermeister der Stadt Köln

erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 26. Juli 2014 gem.  
§ 174 ZPO zugestellt.

*Leoniak*  
Leoniak, Justizangestellte

Hauptsachtkammer:  
Herrmannstr. 48a  
76133 Karlsruhe

Internet und E-Mail-Adresse:  
poststelle@bgh.bund.de  
www.Bundesgerichtshof.de

Telefon (Zentrale):  
(07 21) 1 89 - 0

Telefax:  
(07 21) 1 89 - 26 12

Nachschlagewerk: Ja

BGHZ: nein

BGHRS: Ja

#### AufenthG § 62a

- a) Im Hinblick auf das Gebot einer möglichst wirksamen Anwendung des Rechtes der Union (effekt ütige) muss der Haftsträger die Anordnung von Sicherungshaft ablehnen, wenn absehbar ist, dass der Betroffene entgegen den Vorgaben des Unionsrechts untergebracht werden wird.
- b) In Deutschland darf Ab- und Zurückkehrgesetzhaft nach Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 2008/115/EG nur in speziellen Haftanstaltungen vollzogen werden.
- c) Die Unterbringung der von Ab- oder Zurückkehrgesetzhaft Betroffenen in einem besonderen Gebäude auf dem Gelände einer gewöhnlichen Haftanstalt ist keine Unterbringung in einer speziellen Haftanstaltung im Sinne von Art. 16 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2008/115/EG.

Ümaetzung von EuGH, Urteil vom 17. Juli 2014 - C 473/13 und C 514/13 - Bero und Bausatzmate, ECLI:EU:C:2014:2095 Rn. 30 f.

BGH, Beschluss vom 25. Juli 2014 - V 2B 137/14 - LG Köln  
AG Köln

- beglaubigte Abschrift -



# BUNDESGERICHTSHOF

## BESCHLUSS

V ZB 137/14

vom

25. Juli 2014

In der Abschiebungshaftache

Beteiligte:

1. Hakan Arelan, geboren am 1. Oktober 1995 in Gazl Antep/Türkei, türkischer Staatsangehöriger, derzeit Justizvollzugsanstalt Büren, Stöckerbusch 1, Büren,

Betroffener und Rechtsbeschwerdeführer,

- Verfahrensbefolmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Kummer und Wassermann,

2. Oberbürgermeister der Stadt Köln, Amt für öffentliche Ordnung  
- Ausländerangelegenheiten -, Otfmar-Pohl-Platz 1, Köln,

beteiligte Behörde

- 2 -

Der V. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 26. Juli 2014 durch die Richterin Prof. Dr. Schmidt-Römhild, den Richter Dr. Roth, die Richterinnen Dr. Brückner und Weinland und den Richter Dr. Kazele

beschlossen:

Die Vollziehung der mit Beschluss des Amtsgerichts Köln vom 8. Mai 2014 gegen den Betroffenen angeordneten und durch Beschluss der 30. Zivilkammer des Landgerichts Köln vom 27. Juni 2014 aufrecht erhaltenen Sicherungshaft wird einstweilen ausgesetzt.

Gründe:

1

Der Betroffene ist türkischer Staatsbürger und reiste am 27. April 2014 ohne Ausweis- oder Aufenthaltopapiere mit Hilfe eines Schleppers nach Deutschland ein. Am 7. Mai 2014 wurde er in Köln bei dem Versuch festgenommen, sich unter Vorlage einer gefälschten bulgarischen Identitätskarte anzumelden. Mit Verfügung vom gleichen Tag drohte ihm die beteiligte Behörde die Abschiebung an. Auf Ihren Antrag hat das Amtsgericht am 8. Mai 2014 gegen den Betroffenen Haft bis zum 8. August 2014 angeordnet. Die Haft wird in einem gesonderten Gebäude auf dem Gelände der Juifizvollzugsanstalt Büren vollzogen. Am 6. Juni 2014 hat der Betroffene aus der Haft heraus einen Asylantrag gestellt. Auf die gegen die Haftanordnung gerichtete Beschwerde hat

- 3 -

das Landgericht mit Beschluss vom 27. Juni 2014 die Rechtfertigkelt der Haft für den Zeitraum vom 8. Mai 2014 bis zum 27. Juni 2014 festgestellt und die weitergehende Beschwerde zurückgewiesen. Hiergegen hat der Betroffene Rechtsbeschwerde eingelegt.

- 2        Einen ersten Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der angeordneten Haft hat der Senat mit Beschluss vom 3. Juli 2014 zurückgewiesen. Mit dem vorliegenden zweiten Aussetzungsantrag macht der Betroffene geltend, der Vollzug der Haft in der Justizvollzugsanstalt Büren widerekke dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 17. Juli 2014 (Ra. 473/13 und 814/13 - Bero und Bouzalma, ECLI:EU:O:2014:2096).

II.

- 3        Der Aussetzungsantrag hat Erfolg.

- 4        1. Er ist in entsprechender Anwendung von § 84 Abs. 3 FamFG statthaft (Senat, Beschluss vom 21. Januar 2010 - V ZB 14/10, FGPrax 2010, 97 Rn. 3). Seiner Zulässigkeit steht nicht entgegen, dass der Senat den ersten Aussetzungsantrag des Betroffenen abgelehnt hat. Der Zurückweisungsbeschluss erwähnt nicht in Rechtkraft. Deshalb kann eine Aussetzung bei Vorliegen der tatsächlichen Voraussetzungen auch angeordnet werden, wenn ein vorausgegangener Aussetzungsantrag zurückgewiesen worden ist (vgl. auch BGH, Beschluss vom 4. März 2009 - AnwZ (B) 78/08, Juris Rn. 3). Ein Rechtsschutzbedürfnis für den erheuten Antrag besteht jedenfalls deshalb, weil der Betroffene unter Hinweis auf das zwischenzeitlich ergangene Urteil des Gerichtshofs der

- 4 -

Europäischen Union nunmehr erstmals die rechtswidrige Unterbringung in der Justizvollzugsanstalt Büren rügt.

- 6 2. Der Antrag ist auch begründet, weil die Rechtsbeschwerde des Betroffenen nach der gebotenen summarischen Prüfung erfolgreich sein wird. Im Hinblick auf das Gebot einer möglichst wirksamen Anwendung des Rechts der Union (effekt will) muss der Haftrichter die Anordnung von Sicherungshaft ablehnen, wenn absehbar ist, dass der Betroffene entgegen den Vorgaben des Unionsschritts untergebracht werden wird (Senat, Vorlagebeschluss vom 11. Juli 2013 - V ZB 40/11, NVwZ 2014, 108, Rn. 20). Diese Voraussetzungen liegen hier vor,
- 6 a) Die Unterbringung des Betroffenen in der Justizvollzugsanstalt Büren widereprikt den unionssrechtlichen Vorgaben.
- 7 aa) Nach Art. 16 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie 2008/115/EG erfolgt die Inhaftierung von Betroffenen zur Sicherung der Ab- oder Zurückkehrelebung grundsätzlich in speziellen Haftanstalten. Zwar dürfen Betroffene nach Art. 16 Abs. 1 Satz 2 der Richtlinie in „gewöhnlichen Haftanstalten“ untergebracht werden, wenn in einem Mitgliedstaat solche speziellen Haftanstalten nicht vorhanden sind. Diese Ausnahme trifft aber nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union für Deutschland nicht zu, weil in mehreren deutschen Bundesländern spezielle Einrichtungen vorhanden sind (EuGH, Urteil vom 17. Juli 2014 - C 473/13 und C 614/13 - Bero und Bouzalmate, ECLI:EU:C:2014:2095 Rn. 30 f.).
- 8 § 62a Abs. 1 Satz 2 AufenthG ist in diesem Sinne richtlinienkonform einbohrkend auszulegen. Dem steht nicht entgegen, dass die Vorschrift nach

- 5 -

Ihrem Wortlaut auf die Verhältnisse in dem betroffenen Bundesland und nicht auf die Verhältnisse in Deutschland insgesamt abstellt. Der Gesetzgeber hat mit der Vorschrift ausweislich der Entwurfsbegründung Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie ohne Abstriche umsetzen wollen (BT-Drucks. 17/5470 S. 26). Er hat dabei ein - wie sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergibt - fehlerhaftes Verständnis der Richtlinie zugrunde gelegt, was aber an dem Willen zur richtlinienkonformen Anpassung des nationalen deutschen Rechts nichts ändert. Einem solchen Versehen ist mit einer richtlinienkonformen - hier einschränkenden - Auslegung Rechnung zu tragen (vgl. BGH, Urteil vom 21. Dezember 2011 - VIII ZR 70/08, BGHZ 192, 148 Rn. 28; Senat, Beschluss vom 8. Januar 2014 - V ZB 137/12, InfAusIR 2014, 148 Rn. 9-11).

9

bb) Nach dem erwähnten Urteil des Gerichtshofs kann die Unterbringung eines Betroffenen in einem gesonderten Gebäude auf dem Gelände einer Justizvollzugsanstalt, anders als die beteiligte Behörde meint, auch nicht als Unterbringung in einer speziellen Hafteinrichtung angesehen werden, wie sie von Art. 16 Abs. 1 Satz 1 der Richtlinie verlangt wird. Wenn Betroffene in einem Mitgliedstaat überhaupt in gewöhnlichen Haftanstalten untergebracht werden dürfen, dürfte dies nach Art. 16 Abs. 1 Satz 2 der Richtlinie 2008/115/EG nur „gesondert von den gewöhnlichen Strafgefangenen“ geschehen. In einem weiteren Urteil vom 17. Juli 2014 hat der Gerichtshof der Europäischen Union ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich aus dem Wortlaut dieser Norm die unbedingte Verpflichtung ergibt, die illegal aufhältigen Drittstaatsangehörigen von den gewöhnlichen Strafgefangenen zu trennen, wenn ein Mitgliedstaat sie nicht in speziellen Hafteinrichtungen unterbringen kann (Re. C-474/13 - Pham, ECLI:EU:C:2014:2098 Rn. 17, 21). Daraus folgt, dass eine solche gesonderte Unterbringung von Betroffenen auf dem Gelände einer gewöhnlichen Haftanstalt keine Unterbringung in einer speziellen Hafteinrichtung sein kann. Sie ist

- 8 -

- Unabhängig von ihrer Ausgestaltung im Einzelnen - eine Unterbringung in einer gewöhnlichen Haftanstalt, die in Deutschland, wie ausgeführt, generell nicht zulässig ist.

10

cc) Die Justizvollzugsanstalt Büren dient nach Teil 4 des geltenden Vollstreckungsplans für das Land Nordrhein-Westfalen (Allgemeinverfügung des Justizministeriums vom 16. September 2003 - 4431 - IV B, 28) dem Vollzug der Abschließungshaft, der Freiheitsstrafe von bis zu drei Monaten und der Ersatzfreiheitsstrafe. Es handelt sich deshalb um eine gewöhnliche Haftanstalt, in der auch von einer Ab- oder Zurückkeilung Betroffene untergebracht sind. Diese Art der Unterbringung widerspricht dem Unionserrecht.

- 7 -

11.

b) Daran gemessen ist jedenfalls der weitere Vollzug der Haft rechtswidrig, weil der Betroffene derzeit unter Verstoß gegen die Vorgaben des Unionsrechts untergebracht ist und die Behörde eine Änderung der Unterbringung abgelehnt hat.

Schmidt-Rählech

Roth

Birkner

Weinland

Kazels

Vorinstanzen:

AQ Köln, Entscheidung vom 08.06.2014 - 507a XIV.(B) 39/14 -

LG Köln, Entscheidung vom 27.06.2014 - 39 T 110/14 -

Begläubigt

